

Bittere Erkenntnis: Senat lässt 2000 Musiklehrer im Regen stehen – und nennt das „haushaltspolitische Realitäten“

Artikel von Anne-Katrin Palmer

• 12 Std. •

3 Minuten Lesezeit



Bittere Erkenntnis: Senat lässt 2000 Musiklehrer im Regen stehen – und nennt das „haushaltspolitische Realitäten“

Sie lehren Beethoven und Billie Eilish, spielen Bach und Beat, unterrichten 63.000 Kinder – und doch wissen sie nicht, ob sie im nächsten Jahr noch Arbeit haben. An den städtischen Musikschulen Berlins zittern derzeit rund 2000 Lehrkräfte um ihre Existenz. Es ist ein leises, aber verheerendes Drama: ein Kulturabbau auf Raten. Berlin rühmt sich als [Kulturmetropole](#), als Stadt der Kreativen. Doch wer hier unterrichtet, verdient oft weniger als jemand, der Heizungen repariert. Nur jede vierte Lehrkraft an den zwölf öffentlichen Musikschulen ist fest angestellt. Alle anderen arbeiten auf Honorarbasis, ohne Krankengeld, ohne Rente, ohne Sicherheit. Sie bringen Kindern Musik bei – und leben selbst vom Applaus. Seit dem Herrenberg-Urteil des [Bundessozialgerichts](#) von 2022 ist klar: Diese Praxis ist rechtswidrig. Wer dauerhaft in den Schulbetrieb eingebunden ist, muss angestellt werden. Andere Bundesländer haben reagiert, Lehrer fest übernommen, Budgets angepasst. Berlin dagegen hat den Notausgang gefunden: eine „Übergangsregelung“. Bis Ende 2026 dürfen die Bezirke weiter auf Honorarbasis arbeiten – sofern die Lehrkräfte schriftlich zustimmen, auf ihre Rechte zu verzichten. Wer unterschreibt, darf bleiben. Wer es nicht tut, fliegt raus. So einfach ist das in der Hauptstadt der Doppelmoral. Vier Pädagoginnen in [Pankow](#) haben die Unterschrift verweigert. Drei Klavierlehrerinnen, eine Geigerin. Nach den Sommerferien bekamen sie keine Schüler mehr.

Eine Verwaltungsentscheidung, sagen die Bezirke. Einen stillen Rausschmiss nennen es die Kollegen. Eine fest angestellte Lehrkraft bekommt für eine Vollzeitstelle rund 5000 Euro brutto im Monat. Eine Honorarkraft mit 15 Jahren Erfahrung kommt auf kaum 3300. Krankheitstage? Unbezahlt. Rente? Ein Hohn. Alle sechs Monate müssen neue Verträge ausgehandelt werden: In einer Stadt, die Milliarden für Prestigeprojekte – allein für die Sanierung der [Komischen Oper](#) 500 Millionen – ausgibt, aber an Musiklehrern spart. Die Senatsverwaltung für Kultur verweist auf „laufende Haushaltsberatungen“. Übersetzt heißt das: Wir wissen nicht, was wir tun. Die Umstellung auf Festanstellungen würde Berlin rund 20 Millionen Euro im Jahr kosten – bei einem Landeshaushalt von über 40 Milliarden. 0,05 Prozent. Weniger, als die Stadt in einem Sommer für Pop-up-Radwege und Beraterhonorare ausgibt. Doch im Doppelhaushalt 2026/27 steht: noch kein Cent. Dabei ist die Nachfrage nach Musikunterricht so hoch wie nie. In Pankow warten rund 3000 Kinder auf einen Platz. Offiziell sollen die Musikschulen zwölf Unterrichtsstunden pro 1000 Einwohner anbieten, tatsächlich schaffen sie gerade einmal sieben. Die Politik redet von Bildungsgerechtigkeit – und streicht gleichzeitig das Fundament. Viele Lehrkräfte bleiben – aus Liebe zur Musik, nicht zum Gehalt. Sie unterrichten morgens Gitarre, abends Geige, schreiben nachts Rechnungen, um über die Runden zu kommen. Andere gehen. Brandenburg stellt an, Berlin entlässt. Die Hauptstadt verliert Kompetenz, Erfahrung, Leidenschaft – und merkt es nicht einmal. Dabei sind Musikschulen keine Luxusprojekte. Sie sind soziale Orte, an denen Kinder aus allen Schichten dieselben Chancen haben. Hier beginnt musikalische Bildung – nicht in der Philharmonie, sondern in der Schulturnhalle mit schiefem Klavier. Berlin liebt große Worte: Vielfalt, Teilhabe, Kreativität. Doch wenn es um die Menschen geht, die diese Werte täglich leben, herrscht Stille. Kein Geld, keine Strategie, keine Verantwortung. Der Senat lässt Hunderte Lehrkräfte im Regen stehen – und nennt das „haushaltspolitische Realitäten“. Die Wahrheit ist: Berlin spart seine Kultur an der Wurzel weg. Der Staat, der sonst jede Quote, jedes Konzept und jede Kampagne zur „Förderung der kulturellen Bildung“ beschwört, lässt die Menschen fallen, die diese Bildung überhaupt erst ermöglichen. Noch hallen in den Räumen der Musikschulen die Klänge von Mozart, Miles Davis und Billie Eilish. Aber die Pausen zwischen den Tönen werden länger. Wenn Berlin so weitermacht, wird bald nicht nur die Musik verstummen, sondern auch der Glaube daran, dass Kultur in dieser Stadt noch etwas zählt. Es ist das älteste Lied der Politik: Alle wollen die Musik – aber keiner will sie bezahlen.

Und so klingt die Hauptstadt im Jahr 2025: laut in der Rhetorik, still in der Verantwortung. Ein Staat, der seine Lehrer verrät, verrät auch seine Zukunft.